Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

294 (14.12.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 40 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträglich Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 294. II. Blatt. Karlsruhe, Mittwoch, den 14. Dezember **1892.**

Amtliche Nachrichten.

Durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 1. d. M. ist Folgendes bestimmt worden:

v. Wonbart, Oberst à la suite des 1. bad. Leibgrenadierregiments Nr. 109 und kommandirt nach Württemberg, wird in diesem Kommando Behufs Uebernahme der Führung der 54. Infanteriebrigade (4. königl. württemberg.) auch ferner belassen.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei in Berlin

war gestern unter Vorsitz des Abg. Hobrecht im Reichstagsgebäude nahezu vollzählig versammelt, um, mehrfachen Anregungen der Parteigenossen aus verschiedenen Theilen des Reichs, namentlich aus Süddeutschland entsprechend, sich über Fragen der Parteiorganisation über die Herstellung engerer Fühlung unter den Parteigenossen der verschiedenen Landschaften und über die Stimmung im Lande bei der gegenwärtigen politischen Lage auszusprechen. Die Versammlung, der auch eine Anzahl nicht-parlamentarischer Mitglieder aus Süddeutschland und anderen Theilen des Reichs beiwohnte, kam zu dem Ergebniß, den nächsten Allgemeinen Delegirtentag in einer mittel- oder süddeutschen Stadt abzuhalten und wählte für die etwaigen Vorbereitungen einen Ausschuß. — Nach der mehrstündigen Sitzung vereinigte sich der Zentralvorstand mit den Fraktionsmitgliedern und einigen früheren Abgeordneten der Partei zu einem Essen im „Kaiserhof". Hier brachte Stockmayer-Stuttgart einen Trinkspruch auf Herrn v. Bennigsen aus, worauf dieser erwiderte, indem er aus dem reichen Schatze seiner Erinnerungen über das innige und freundschaftliche Zusammenwirken der süddeutschen Vertreter mit ihm, das schon seit Mitte der fünfziger Jahre herstammt, einige interessante Einzelheiten zum Besten gab. Die Summe all' dieser Erfahrungen sei, was auch jetzt wieder sich bestätigt finde, daß Nord und Süd in dem rechten Gefühle lebten, auf einander angewiesen zu sein und sich durch die Verschiedenheit des Temperaments und der politischen Schulung glücklich ergänzen zu müssen. Das Hoch auf die Dauerhaftigkeit dieses Gefühls innerhalb der Partei und auf das einheitliche Gedeihen der Partei in Nord und Süd wurde mit freudigster Theilnahme von allen Seiten erwidert.

Deutscher Reichstag.

÷ Berlin, 12. Dez.

13. Plenarsitzung.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Interpellationen.

Abgg. Dr. Buhl und Dr. v. Marquardsen (nat.-lib.) haben folgende Interpellation eingebracht: „Die in dem soeben beendeten Prozeß Ahlwardt vernommenen militärischen Sachverständigen haben sich zwar schon entschieden für die gute Qualität unserer neuen Infanterie-Bewaffnung ausgesprochen. Nichts desto weniger erscheint es wünschenswerth, wenn von höchster autoritativer Stelle aus eine Bestätigung und Bekräftigung dieses Urtheils erfolgt. Die Unterzeichneten richten deßhalb an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob derselbe bereit ist, dem Reichstage in diesem Betreff eine Mittheilung zu machen?"

Abg. Marquardsen (nat.-lib.) sagt zur Begründung der Interpellation: Angesichts der Geschäftslage und des Entgegenkommens, welche die Interpellation auf allen Seiten gefunden, wird ein kurzes Wort genügen. Der Staatsanwalt hat ausgesprochen, daß durch die Behauptungen des Angeklagten das Vertrauen der deutschen Soldaten auf ihre Waffen stark erschüttert, daß die Disziplin untergraben ist. Ein Blatt, dem man Beziehung zur Regierung zuschreibt, theilte mit, daß höhere Offiziere geäußert, sämmtliche Gewehre müßten an die Fabrik Löwe zurückgegeben und neue Gewehre dürften in Privatwerkstätten nicht mehr angefertigt werden. Gegenüber den Behauptungen früherer Zeit ist ein amtliches Dementi erfolgt ohne Wirkung. Die militärischen Sachverständigen haben den Behauptungen des Angeklagten widersprochen, aber das Vertrauen an die Bewaffnung des deutschen Heeres muß noch mehr befestigt werden. Daran haben die Mannschaften und ihre Familien großes Interesse. Die Interpellation will eine beruhigende Erklärung veranlassen, die nothwendig ist Seitens des Herrn Reichskanzlers vor dem Reichstag. Ein solcher Ausspruch, der alles Deuteln und Zweifeln ausschließt, wird neben der Beruhigung im eigenen Lande auch im Auslande dahin führen, daß man die Stärke unserer Rüstung erkennt, wodurch der Frieden gewahrt wird. (Lebhafter Beifall.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Das Gewehr des deutschen Heeres ist in Modell und Ausführung ein durchaus gutes und entspricht allen Anforderungen, die die neuzeitige Kriegskunst an eine Handfeuerwaffe zu stellen hat. Das gilt im ganzen Umfange auch von den Loewe'schen Gewehren. Der Gedanke, die Loewe'schen Gewehre zurückzugeben oder nicht mehr bei ihm zu bestellen, ist der Staats- und Reichsverwaltung noch nicht gekommen. (Zustimmung links.) Wenn heutzutage über eine neue Waffe Beunruhigung entsteht, wenn irgend welche Mißstände sich herausstellen, so werden die Klagen in weitere Kreise getragen als früher; das liegt aber weniger an der Waffe, als an den veränderten Zeitverhältnissen. Ich habe den Uebergang von den Perkussionsgewehren zum Zündnadelgewehr mitgemacht. Ich erinnere mich der Angriffe, welche damals gegen das Zündnadelgewehr gemacht wurden. Sie waren heftiger, als die heutigen Angriffe. Aber es fehlte damals die öffentliche Meinung. Was gesagt wurde, blieb in Offizierskreisen, in denen damals sogar Witzblätter erschienen, die das neue Gewehr verspotteten. Ich darf an das Urtheil eines erfahrenen Kriegsmannes, des Generals Leopold von Gerlach, erinnern, der in seinen Memoiren sagt: Das Zündnadelgewehr ist ein Unglück für das Heer, es wird gedankenlos eingeführt und gedankenlos angewendet. (Heiterkeit.) So dachten damals Hunderte und Tausende von Offizieren. Wenn ein solches Gewehr in die Hände von Landwehrtruppen kommt, die zum ersten Male dergleichen in die Finger bekommen, so ist es selbstverständlich, daß die Gewehre eine Menge Beschädigungen erleiden. Es ist ausgesprochen, daß durch einen horrenden Vertrauensbruch Schriftstücke des Artilleriedepots Wesel in die Oeffentlichkeit gekommen sind. Das ist ein kleiner, ganz gemeiner Diebstahl. (Heiterkeit.) Nichts mehr oder weniger, denn die Schriftstücke sind durchaus nicht als geheime bezeichnet oder behandelt worden. Sie haben offen in der Mappe des Zeugoffiziers zu Wesel gelegen, sind herausgenommen und in den Prozeß gebracht worden. Wenn zu einer Uebung Gewehre herausgegeben werden, so ist es eine Erfahrung nicht von heute oder von gestern, daß nachher viel zu bemängeln ist. Ich habe selbst bei der Mobilmachung 1850 die Gewehre für das Regiment Franz in Empfang genommen und zurückgegeben; es ist eben so viel ausgestellt worden wie jetzt. Jedes Artilleriedepot hat das Interesse, die Gewehre im vollkommensten Zustande zurück zu bekommen, vollkommener, als es dieselben ausgegeben hat. Die empfangende Truppe hat Eile, da wird nicht viel nachgesehen. Wenn das Depot die Waffe zurücknimmt, da läßt es sich Zeit und betrachtet sie mit der Lupe und jeder kleine Fehler wird bemängelt und muß reparirt werden. Man kann aber daraus nicht schließen, daß das Gewehr schlecht ist. Wenn eine gewisse Anzahl von Gewehren schlecht geworden ist nach einer Uebung von Mannschaften mit wenig geübten Fingern, so folgt daraus noch nicht, daß die Waffe selbst schlecht ist. Ich habe das Verzeichniß der Reparaturen, die als nothwendig erkannt worden sind, vor mir. Es sind nur drei Zahlen, die ungewöhnlich sind: Reparaturen an den Kammern, dem Schlößchen und den Abzugfedern. Wenn allzu roh mit dem Gewehr umgegangen wird und dadurch Beschädigungen entstehen, so ist daran nicht die Fabrikation schuld. Daraus kann kein Schluß auf die Dienstbrauchbarkeit des Gewehrs gezogen werden. Im Kriege würde der weitaus größte Theil ruhig weitergebraucht worden sein. Bei den Infanterie-Seitengewehren Modell 71 — ich setze voraus, daß die Herren wissen, was das ist (Heiterkeit) — sind 81 Reparaturen nothwendig gewesen. Wenn das bei einem Dinge passirt, welches niemals gezückt wird, dann kann man sich nicht wundern, daß bei dem Gewehr auch etwas passirt. Es ist letzthin vor Gericht der Versuch gemacht worden, die Militärverwaltung in einer unverantwortlichen und gewissenlosen Weise zu verleumden. (Zustimmung links.) Ich kann das als Angehöriger des deutschen Heeres und als Vertreter der auswärtigen Politik des deutschen Reiches nur auf's Schärfste brandmarken. (Lebhafter Beifall.)

Königl. sächs. Kriegsminister Edler v. d. Planitz: Es ist behauptet worden, daß bei dem königlich sächsischen Armeekorps besonders schlechte Erfahrungen mit den Löwe'schen Gewehren gemacht worden sind. Wir stehen der Sache ganz objektiv gegenüber. Wir haben mit der Firma Löwe direkt nichts zu thun. Wir haben die Gewehre bei der preußischen Militärverwaltung bestellt und haben einen Theil Löwe'scher Gewehre mitbekommen. Als die Anklagen gegen die letzteren auftauchten, haben wir ein Vergleichsschießen mit je 200 Gewehren aus Staatsanstalten angestellt. Jedes Gewehr wurde mit 50 Schuß versehen, 25 für gewöhnliches Schießen und 25 für Schnellfeuer. Das Ergebniß war, daß die Löwe'schen Gewehre mit denen der Staatsfabriken vollständig gleich leistungsfähig waren. Bei den Uebungen waren von 6 Reservebataillonen 5 mit Löwe'schen Gewehren versehen und es sind nie Klagen vorgekommen. Die Behauptung der Norddeutschen Zeitung in Leipzig, daß nach zwei Schießtagen 150 Gewehre defekt geworden, verminderte sich bei der Untersuchung darauf, daß an 15 Gewehren kleine Reparaturen nothwendig geworden waren. Eine Untersuchung sämmtlicher 2000 Gewehre ergab nur 187 meist ganz unerhebliche Reparaturen. Das deutsche Infanteriegewehr ist vollständig dienstbrauchbar und die Löwe'schen Gewehre stehen denen der Staatsfabriken nicht nach; die Nation kann sich also aller Sorgen entschlagen. (Bravo.)

Eine Diskussion der Interpellation wird nicht beantragt.

Abg. Graf Mirbach (kons.) begründet folgende Interpellation: „Billigen es die verbündeten Regierungen, daß die deutschen Delegirten bei der Münzkonferenz in Brüssel sich den auf die Bekämpfung der Silberentwerthung gerichteten nahezu einmüthigen Bestrebungen aller auf der Konferenz vertretenen Staaten gegenüber ablehnend verhalten?" — Das einzige Mittel, das wir bisher zur Begegnung des Preisdrucks hatten, die Zölle, haben wir durch die Verträge aufgegeben; nun bleibt nur die Regelung der Währungsfrage.

Reichskanzler Graf Caprivi: Aus der Interpellation ist zu ersehen, wie man im Lande bestrebt ist, den Antisemitismus und den Bimetallismus vor einen Wagen zu spannen. (Beifall und lebhafter Widerspruch.) Die verbündeten Regierungen halten nach wie vor die bestehende Währung für eine sehr gute und sie beabsichtigen nicht, die Initiative zu einer Aenderung zu ergreifen. Dementsprechend lautet auch die Instruktion der deutschen Delegirten auf der Brüsseler Konferenz. Der bisherige Verlauf der Konferenz hat diese Instruktion gerechtfertigt. Ich lege Werth darauf, festzustellen, daß ein gewisser Dr. Arendt, der sich bei der Konferenz durch ein Empfehlungsschreiben des Grafen Mirbach-Sorquitten eingeführt hat, in keinerlei Beziehung zur Regierung steht.

Auf Antrag des Abg. Dr. Schalscha (Zentr.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Frhr. v. Pfetten (Zentr.) vermag den Werth der Doppelwährung für die Preisbildung nicht zu erkennen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Der Reichskanzler sprach von einem Dr. Arendt; dieser Dr. Arendt sei preußischer Abgeordneter und eine Autorität auf dem Gebiete der Währungsfrage. Derselbe denke nicht daran, als Vertreter der deutschen Reichsregierung in Brüssel aufzutreten. Es sei die höchste Aufgabe jedes deutschen Staatsmannes, dafür zu sorgen, daß die deutsche Landwirthschaft wieder zu ihrem Rechte kommt, und dazu gehöre das Aufgeben der Goldwährung. An der Aufrechterhaltung dieser hätten nur die Sozialdemokraten ein Interesse, weil sie Unzufriedenheit bedürften, um mit Erfolg agitiren zu können. Es gibt auch kein besseres Mittel, der antisemitischen Bewegung ihr Gift zu nehmen, als der Uebergang zur Doppelwährung. Tritt Deutschland an die Lösung der Währungsfrage ernstlich heran, so ist sie gelöst. Wenn England nicht will, nun, so lasse man es; es ist doch früher auch gegangen. Die Haltung Deutschlands in Brüssel wird Amerika zu Repressivmaßregeln veranlassen. Gehen wir zur Doppelwährung über, so wird die Landwirthschaft ausreichend gekräftigt, um nicht nur die 60 Millionen, welche die Militärvorlage fordert, sondern noch viel höhere Summen aufzubringen. (Bravo!)

Abg. Dr. Bamberger (frs.): Die ganze Verhandlung sei völlig werthlos. Aber wie stelle sich das Verfahren der Interpellanten dar? Welchen Sturm der Entrüstung hätte es hervorgerufen, wenn die Linke den Versuch gemacht hätte, die eigene Regierung inmitten internationaler Verhandlungen so zu blamiren! (Beifall. Widerspruch.) Eine Interpellation, wie diese, sollte sich nicht auf Zeitungsberichte, sondern auf authentische Mittheilungen stützen. Wäre das hier der Fall, so würde auch von „nahezu einmüthigen Bestrebungen aller auf der Konferenz vertretenen Staaten" zur Bekämpfung der Silberentwerthung keine Rede sein können. Mit jeder Münzkonferenz sinke die Sache des Bimetallismus mehr und mehr und heute stehe sie tiefer, als je. Selbst wenn Graf Mirbach Reichskanzler würde, würde die deutsche Regierung die Goldwährung nicht aufgeben, weil das einfach unmöglich ist. Der weitestgehende Vorschlag im silberfreundlichen Sinne auf der Brüsseler Konferenz war der Rothschild'sche, der den amerikanischen Silberminenbesitzern eine jährliche Liebesgabe von 10 Millionen zuwenden wollte. Rothschild zog selbst seinen Antrag zurück. Wenn schon Liebesgaben gewährt werden sollen, so seien dieselben noch lieber den heimischen Branntweinbrennern, als den amerikanischen Minenbesitzern zu gönnen. (Heiterkeit.) Die erstrebte Münzkonvention würde bei einem Kriege beim ersten Flintenschuß hinfällig werden. Die jetzige Münzkonferenz unterscheide sich von den früheren Konferenzen nur dadurch, daß die früheren ausgingen, wie das Hornberger Schießen, während diese gleich so anfängt. (Heiterkeit.)

Abg. Leuschner-Eisleben (Reichsp.): Die Goldwährung wirke bei uns wie eine Ausfuhrprämie, die aus deutscher Kasse an fremde Silberwährungsländer bezahlt werde. In erster Linie leide darunter die Landwirthschaft, in Verfolg davon aber auch die Industrie. Die Silberentwerthung sei nicht die Folge der Ueberproduktion, sondern sie sei durch die Gesetzgebung veranlaßt, die dem Silber die Konsumtionsfähigkeit nahm. Die Behauptung, daß die Goldproduktion unerschöpflich sei, entbehre jedes Nachweises. Die Wissenschaft erkenne das Gegentheil als richtig an. Wenn noch andere Staaten zur Goldwährung übergehen, werde es an Edelmetall fehlen. Der Uebergang Deutschlands zur Goldwährung sei ein Fehler gewesen, der möglichst schnell verbessert werden müsse. Das erfordere auch das Interesse des heimischen Silberbergbaues, der sonst immer weiter zurückgehe. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Mirbach (kons.) bedauert die Antwort des Reichskanzlers, insbesondere auch die Aeußerung über Bimetallismus und Antisemitismus. Der Reichskanzler hätte wissen können, daß die ostpreußischen Konservativen gegen jede Aufnahme der Judenfrage in das neue Programm gewesen seien.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Er habe von der bimetallistischen und antisemitischen Agitation im Lande gesprochen. Gerade der Bimetallismus sei ein geeignetes Agitationsmittel, weil so wenig Leute etwas davon verstehen. Er halte dieses Agitationsmittel auch für gefährlich, da es doch sehr fraglich sei, ob der Bimetallismus die an ihn gestellten Erwartungen erfüllen könne. Er habe erfahren, daß mehrere Mitglieder des Hauses ihre Zustimmung zu der Militärvorlage von der Antwort auf die heutige Interpellation abhängig machen wollen. Er lasse sich nicht einschüchtern. Er vertrete die Militärvorlage, weil nach seiner Ueberzeugung die Existenz Deutschlands davon abhängig sein könne.

Abg. v. Schalscha (Zentr.) hat sich durch das Zusammenwerfen von Antisemitismus und Bimetallismus durch den Reichskanzler beleidigt gefühlt. Der Antisemitismus datire seit Einführung der Gewerbefreiheit, der Bimetallismus sei viel jüngeren Datums. Beide hätten mit einander nichts zu thun.

Abg. Büsing (nat.-lib.): Ich danke dem Reichskanzler für die energische Absage an den Bimetallismus. (Große Unruhe rechts.) Wer in ländlichen Wahlkreisen herumkommt, weiß, wie dort mit dieser Agitation Unfug getrieben wird. Die agitatorische Ausbeutung der so schwierigen Währungsfrage ist einfach Mißbrauch. Die Nationalliberalen sind nahezu einstimmig der Meinung, daß unsere jetzige Währung eine gute ist, und daß nichts gewagter wäre, als Experimente, die das Land in unberechenbare Schwierigkeiten stürzen würden. Auch wir bedauern die Werthverminderung des Silbers, die uns verhindert, zur reinen Goldwährung zu gelangen durch Abstoßung der Thaler. Die darin liegende Gefahr ist keine kleine; im Falle eines Krieges könnten wir dadurch sehr geschädigt werden, wenn etwa die Bank die Noten in Silber einlöste und die Wechsel in Silber bezahlte. Dann wäre es mit dem Kredit Deutschlands vorbei. In Erwägung zu ziehen wäre doch wohl in einer Zeit, wie die heutige, ob man nicht zur reinen Goldwährung übergehen könne in der Weise, daß die Dreimarkstücke in Scheidemünze verwandelt würden. Die Entwerthung des Silbers ist lediglich die Folge der enorm gesteigerten Silberproduktion, welche dem Metall seine Eigenschaften der Seltenheit und Kostbarkeit raubt. Für die Preisbildung auf dem Weltmarkte lassen sich keine gesetzlichen Bestimmungen treffen. Das Ende einer staatlichen Ringbildung zur Erhöhung des Silberpreises würde ebenfalls ein vollständiges Fiasko sein. Ohne England können wir die Doppelwährung nicht einführen. (Widerspruch des Abg. v. Kardorff.) Nur durch die Goldwährung ist es Deutschland möglich geworden, auf dem Weltmarkt Stellung zu gewinnen. Der deutsche Wechsel wird angenommen, weil er, wie der englische, in Gold bezahlt wird. (Zuruf: Frankreich!) Der Wechsel auf Frankreich wird auch in Gold bezahlt, es denkt Niemand daran, in Frankreich den Wechsel mit Silber zu bezahlen. Sobald die Goldwährung abgeschafft wird, ist Deutschland vom Weltmarkt verdrängt. Daß die Nothlage der Landwirthschaft mit der Goldwährung zusammenhängt, ist unrichtig. Diejenigen Länder, die Deutschland mit ihren landwirthschaftlichen Erzeugnissen Konkurrenz machen, haben die verschiedensten Währungen, ohne daß in der Schwere der Konkurrenz ein Unterschied nach den Währungen zu machen ist. Australien hat Goldwährung, Amerika die Doppelwährung, Rußland die Papierwährung, und das Getreide aus diesen Ländern macht dem deutschen Getreide gleichmäßig Konkurrenz. Oesterreich-Ungarn steht im Begriff, die Goldwährung bei sich einzuführen. Es wird doch wissen, was seinem Interesse nützlich ist, und ich kann nicht denken, daß es sich dazu entschließen würde, wenn wirklich die Goldwährung solche Gefahr mit sich brächte. Daß die amerikanischen Silberinteressen die Silberpreise aufbessern möchten, verstehe ich, ich begreife aber nicht, welches Interesse wir daran hätten, an unseren guten Währungsverhältnissen etwas zu ändern.

Abg. Graf Ballestrem erklärt, daß v. Schalscha nur in seinem eigenen Namen, nicht im Namen des Zentrums gesprochen habe.

Abg. Bebel (Soz.) erklärt, daß die Sozialdemokraten auf dem Boden der Goldwährung stehen. Nur der verstorbene Abg. Kayser sei Bimetallist gewesen und zwar mit Rücksicht auf die eigenartigen Verhältnisse seines Wahlkreises. (Freiberg.) Es sei ganz unmöglich, eine dauernde Relation zwischen dem Werth von Gold und Silber herzustellen. In dieser Frage hätten ausnahmsweise die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie dasselbe Interesse. Für die Agrarier würde durch eine Aenderung nur der Vortheil erwachsen, ihre in Gold gemachten Schulden in schlechterer Währung, im minderwerthigen Silber zu bezahlen. Die Kosten würden die landwirthschaftlichen Arbeiter zahlen müssen, wie das ja auch bei der Schutzzollpolitik der Fall gewesen.

Abg. Dr. v. Frege (kons.): Die Goldwährung habe erst den Hochschutzzoll hervorgerufen; die heutige Verschuldung des Grundbesitzes, besonders in Preußen, rühre aus einer Zeit her, wo es galt, das Letzte für das Vaterland einzusetzen. Diese Verschuldung gereiche ihm gewiß nicht zur Unehre. Mit Gold allein lassen sich die monetären Verhältnisse der Welt nicht decken, deßhalb müsse man daran denken, den Werth des Silbers zu heben. Nicht durch die Goldwährung hat sich unsere Industrie ihre Stellung auf dem Weltmarkt erobert, sondern durch deutschen Fleiß und Intelligenz.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit) vertheidigt den Antisemitismus gegen die Bemerkungen des Reichskanzlers und anderer Redner. Der Antisemitismus werde das feurige Roß sein, das den Staatswagen wieder aus dem Kothe ziehen werde.

Die Berathung wird geschlossen.

Morgen 12 Uhr: Fortsetzung der ersten Berathung der Militärvorlage.

Deutsches Reich.

* **Karlsruhe**, 13. Dez. Ueber den konservativen Parteitag in Berlin gibt der Bad. Landesbote u. A. folgende interessante Ausführungen: Der konservative Parteitag bildet auch heute noch den Gegenstand der Besprechungen und insbesondere der Strich des Satzes, der sich gegen die Ausschreitungen des Antisemitismus wendet. Die Bad. Landpost, deren Redakteur dem Parteitag angewohnt hat, freut sich in einem politischen Raisonnement über denselben, vornehmlich über die Einmüthigkeit der Versammlung bezüglich der Judenfrage, — er kann jetzt ja seinem gepreßten Herzen Luft machen. Dabei macht er sich einer kleinen Eskamotage schuldig, indem er die „Ausschreitungen" in „Auslassungen" umändert. Sollte er der Meinung sein, daß der Strich dieser Stelle in seiner engeren badischen Heimath böses Blut machen würde? . . . Jetzt wird auch der antisemitische Bad. Volksbote mit seiner Preßschwester, der Bad. Landpost zufrieden sein, die er noch vorige Woche sehr zutreffend dahin kennzeichnete, daß dieselbe „vorn antisemitisch, hinten dagegen mit Judenanzeigen geschmückt sei." Die „bewährten konservativen Grundsätze" der Bad. Landpost, so meint der Bad. Volksbote, und der muß es ja wissen, seien „Maulheldenthum, Schlafmützigkeit und Heuchelei". Nun, der Volksbote wird zugeben, daß die Konservativen, diese „Waschlappen", wie er sie in der letzten Mittwochsnummer noch nennt, die „Schlafmützigkeit" und das „Waschlappenthum" in Bezug auf die Judenfrage abgelegt haben unter der Devise „Knüppel aus dem Sack!"

§ **Aus Baden**, 11. Dez. Seit einigen Wochen erscheinen in der in Stuttgart herausgegebenen, ganz vorzüglich geleiteten süddeutschen Apothekerzeitung Aufsätze aus Baden, die in schlichter Art die Mißstände behandeln, die im Apothekergewerbe in Baden vorhanden sind. Der betr. Einsender kommt bei seinen Untersuchungen zu dem ganz richtigen Schluß, daß die Gesetzgebung bei uns in vielen Fällen das Gute sicher gewollt, aber nicht getroffen habe. Wir sind mit dem Apotheker, der die beregten Artikel verfaßt, derselben Meinung, daß nämlich besonders die Verordnung betr. die Regelungen des Geheimmittelwesens bei uns einer zeitgemäßen Auffrischung bedürfe. Auch uns scheint es völlig verkehrt, daß man die Geheimmittel, ohne die es eben einmal nicht gehen zu können scheint, aus den Apotheken gänzlich verbannt wissen möchte; man kann diese Bestimmung in der That nicht durchführen, ohne täglich ein Loch in's Prinzip zu stoßen. War etwa das Tuberculin(-Koch) etwas Anderes als ein Geheimmittel, ist Gude's, Keysser's, Athenstätt's Eisen nicht dasselbe! Und doch wird kaum ein Apotheker im Lande sein, der nicht eine der drei letzten Arzneiformen führte und dieselbe in der Rezeptur sowohl, als auch im freihändigen Verkauf unbeanstandet fast täglich abgibt. Darf also der Apotheker mit diesen letztbenannten Präparaten Handel treiben, so liegt doch sicher kein stichhaltiger Grund vor, ihm eine Reihe anderer, meist unschuldiger sogen. Geheimmittel zu verkaufen, verbieten zu wollen. Der Apotheker, beruflich an die denkbar peinlichste Gewissenhaftigkeit gewöhnt, wird alle an ihn herantretenden Bitten des Publikums um Abgabe dieses oder jenes Mittels entschieden ablehnen, selbst wenn ihm unwiderleglich bekannt ist, daß sein illegitimer Konkurrent, der Drogist, alle diese und noch viele andere Geheimmittel feilhält und damit einen schwunghaften Handel treibt. (?) Diesen Mann aber bei der Behörde zur Anzeige zu bringen, ist nicht Sache des Apothekers; hier sollte die Medizinalpolizei ein wachsameres Auge haben.

Berlin, 12. Dez. Der Kaiser hat betreffs des Berliner Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. seine Entscheidung zu Gunsten eines dritten, von Begas ganz neu entworfenen Planes getroffen. — Die Staatsbürgerzeitung schreibt: Auf Ansuchen Ahlwardt's und dessen Familie übernahm Rechtsanwalt Hertwig wieder

die Vertheidigung und zwar wurde bereits Revision eingelegt, auch Antrag auf Herausgabe der Kaution gestellt.

* **Berlin**, 12. Dez. Der Bundesrath ertheilte in der am 9. d. M. unter dem Vorsitz des Vize-Präsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Boetticher, abgehaltenen Plenarsitzung dem vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurf, betreffend die Einführung des §. 75a des Krankenversicherungsgesetzes und dem Entwurf eines Gesetzes wegen Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher, die Zustimmung und erklärte sich mit der Wiedervorlegung des Gesetzentwurfs gegen den Verrath militärischer Geheimnisse an den Reichstag einverstanden. Der Antrag Badens, betreffend Ausnahmen vom Verbot des Umlaufs fremder Scheidemünzen, der Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag mit dem Freistaat Kolumbien und der Entwurf von Vorschriften über die Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Land- und Wasserwegen wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen. Von der Denkschrift über die Cholera-Epidemie dieses Jahres nahm die Versammlung Kenntniß.

* **Wilhelmshafen**, 12. Dez. Vizeadmiral Valois hat sich heute mit einem Torpedoboot zur Besichtigung nach Helgoland begeben. Die Rückkehr des Geschwaders aus Norwegen wird am 18. d. M. erwartet.

* **Kassel**, 12. Dez. Der Herr Generalpostmeister hat amtlich der Handelskammer mitgetheilt, daß die Telephonverbindung Frankfurt—Gießen — Kassel — Nordhausen — Halle — Berlin demnächst zur Ausführung komme.

* **Hamburg**, 12. Dez. Bei der heutigen Senatorwahl wurde J. F. C. Resardt zum Senator gewählt.

Großbritannien.

London, 13. Dez. Nach einer Meldung der Times aus Philadelphia sind die für den 13. Dezember zur Ausfuhr bestellten 2¼ Mill. Dollars Gold fast ganz für Oesterreich bestimmt. Das gegenwärtige Agio begünstigt die Ausfuhr.

* **London**, 12. Dez. Gladstone und Gemahlin folgen heute einer Einladung der Königin nach Windsor.

Amerika.

Washington, 12. Dez. Steward brachte im Senat ein Amendement zu dem Sherman'schen Gesetzentwurf ein, welches bezweckt, die freie Silberausprägung zu gestatten, sowie eine Ausgabe von Schatzbons, welche auf Silber-Depots basirt sein sollen.

New-York, 12. Dez. Morgen gehen 3 Mill. Gold nach Europa ab.

Baden.

* **Karlsruhe**, 12. Dez. Da im Amtsbezirk Bretten, die unter dem Viehbestande herschende Maul- und Klauenseuche im Rückgang begriffen ist, so hat sich das dortige Großh. Bezirksamt veranlaßt gesehen, das Viehmarktverbot für die Stadt Bretten wieder aufzuheben.

⚒ **Eppingen**, 12. Dez. Nächsten Sonntag, den 18. d. M., Abends 8 Uhr feiert der hiesige Kriegerverein im Gasthaus „zum Engel" sein zwanzigjähriges Stiftungsfest. — Die Beiträge der Bezirksgemeinden für den Verein zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder betrugen für 1892 die Summe von 278 Mark 75 Pfg. — Die jüngste Viehzählung in hiesiger Stadt hatte folgendes Ergebniß: Pferde 263, Rindvieh 1209, Schafe 13, Schweine 1541, Ziegen 427, Bienenstöcke 140, Gänse 1096, Enten 442, Tauben 747, Hühner 4463.

≈ **Sinsheim**, 12. Dez. Wie wir aus bestimmter Quelle erfahren, wurde in der Nacht vom Samstag auf Sonntag in dem Magazin der Firma Beer ein frecher Einbruchsversuch gemacht. Vermuthlich sind es einheimische Diebe, die mit den genannten Lokalitäten bekannt sind.

≈ **Zuzenhausen**, 12. Dez. Der beim kürzlich gemeldeten Streite betheiligte Bursche aus Helmstadt befindet sich noch am Leben, doch liegt er hoffnungslos darnieder. Dem Thäter stehen, da er aus Nothwehr handelte, bedeutende entlastende Momente zu Gebote.

* **Aus Baden**, 13. Dez. In einem Hause zu Pforzheim ist das Rohr der Wasserleitung geplatzt und es wurde die Küche völlig unter Wasser gesetzt. Der entstandene Schaden ist nicht unerheblich. — Die Opferstöcke des Friedhofes zu Mannheim sind am vorigen Mittwoch ihres gesammten Inhalts beraubt worden. — In Villingen erhängte sich in einem kranthaften geistigen Zustand der 23jährige Sohn des Schuhmachers B. — Der Altbürgermeister in Distelhausen wurde wegen Verdacht des Betrugs verhaftet. — Der Mörder Barth. Natzer wurde vorgestern von Villingen nach Konstanz übergeführt. — In Ueberlingen wurde in voriger Woche ein Bürgerssohn unter dem Verdachte, hiesige Einwohner seit längerer Zeit systematisch bestohlen zu haben, verhaftet.

Handelsnachrichten.

Mannheim, 12. Dez. (Produktenbörse. M.A.) Waizen Pfälzer n. 17.25—00, nordd. 17—17.25, russ. Sax. 19.00 bis 00.00, Azima 18.00—18.50, Girka 17.50—18, Tag. 18—18.25, am. Winter 16.25—17.50, rum. 16.25—17.50, Theod. 00.00—00, Kernen 17.00—00, Roggen, Pfälzer 15.25—00.00, rumän. 00.00—00, russ. 00, Gerste hies. Gegend 16.25—16.50, Pfälzer 16.50—17.00, ung. 00—00, Haber, bad. 13.50—14.00, norddeutscher 00.00—00.00, russ. 00.00—00, am. Mais 12.75—00, Donau 12.50—00.00, Kohlreps, deutscher n. 26—26.50. Leinöl m. F. 46.50, Rüböl m. Faß 60.00. Erdölfaß jr. m. 20% Tr. 20.10, Waizenmehl Nr. 00. 31.00, Nr. 0: 28.00, 1: 26.00, 2: 25.00, 3: 24.00, 4: 20.50, Roggenmehl 0: 24.00, 1: 21.00. Stimmung: Waizen behauptet, Roggen ruhig, Gerste gefragter, Haber fester.

* **Magdeburg**, 12. Dez. (Zuckerbericht.) Kornzucker ausschl. von 92 Proz. 14.55, Kornzucker ausschl. 88 Proz. Rendem. 13.90. Nachprodukte ausschl. 75° Rendem. 11.80. Stetig. Brodraffin. I. 27.75. Brodraffin. II. 27.50. Gem. Raffinade mit Faß 28.—. Gem. Melis I. mit Faß 26.25. Ruhig. Rohzucker 1. Produkt Transito f. a. B. Hamburg für Dez. 14.02½ bez., 14.05 Br., für Jan. 14.02½ bez., 14.05 Br, für Febr. 14.12½ G., 14.15 Br., für März 14.22½ bez., 14.25 Br. Schwächer.

Städtisches.

× **Karlsruhe**, 13. Dez. Dem Vernehmen nach muß Herr Prälat D. Doll auf ärztlichen Rath, wegen eines Herzleidens einen längeren Urlaub nehmen und beabsichtigt, sich zur Kur vorerst nach Baden zu begeben.

□ **Karlsruhe**, 13. Dez. Bezüglich einer Notiz in der heutigen I. Ausgabe stellen wir eine Ungenauigkeit klar. Nicht zwei Schüler der hiesigen Realschule, sondern solche des Realgymnasiums fochten den geschilderten Kampf miteinander aus.

* **Karlsruhe**, 13. Dez. Die heutige Fremdenliste der hiesigen Gasthöfe führt als neu angekommen 255 Fremde auf.

Drahtberichte.

⁂ **Berlin**, 13. Dez. (Reichstag.) Auf der Tagesordnung steht die Militärvorlage. Der sächsische Kriegsminister v. d. Planitz erklärt, ihm sei nichts bekannt geworden, daß einzelne Bundesregierungen die Vorlage nicht billigten. Die sächsische Regierung stehe jedenfalls voll und ganz auf dem Boden der Vorlage. Die letztere bedeute eine entschiedene Verbesserung bezüglich der Vertheilung in der Heranziehung der Mannschaften und einer Erleichterung für diejenigen, welche die Lasten tragen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) hält die geforderte Vermehrung der Truppen für nothwendig, weil nicht gezweifelt daran werden kann, daß wir in absehbarer Zeit den zweifrontigen Krieg führen müssen und weil Frankreich uns numerisch überflügelt hat. Es sei immer besser, die Lasten der Vorlage zu tragen, als die Folgen eines unglücklichen Krieges.

Abg. v. Bennigsen meint, die unsicheren und ungenauen Angaben über die geforderte Vermehrung und die Deckung der Mehrkosten, welche in die Oeffentlichkeit gelangten, bewirkten, daß die unleugbaren Vorzüge der Vorlage den Eindruck auf die Bevölkerung verfehlten. Allerdings verlange die Vorlage auf ein Mal eine Truppenerhöhung, wie sie bisher noch nicht dagewesen sei. Die Gründe dafür müssen daher ganz durchschlagende sein. Er habe aber den Eindruck gewonnen, daß die Vorlage in ihrem ganzen Umfange auf die Mehrheit des Hauses schwerlich rechnen könne. Wie der Vorredner nur Namens der Mehrheit seiner Fraktion sprechen konnte, so könne er auch nur Namens seiner Freunde die Annahme der Vorlage in ihrem ganzen Umfange nicht in Aussicht stellen. Der Redner äußert ferner Bedenken wegen der Beschaffung des erforderlichen Ausbildungspersonals, sowie wegen der vierten Bataillone. Er erhofft eine Verständigung mit der Regierung über die gesetzliche Regelung der zweijährigen Dienstpflicht. Deutschlands geographische Lage verlange die Aufbietung der gesammten Volkskräfte zur Vertheidigung des Errungenen. Freilich müßten aber auch die Regierungen sich der schweren Verantwortlichkeit bewußt sein und von dem Kern der Vorlage loslösen, was nicht unumgänglich nothwendig sei. Eine Auflösung des Reichstags würde nur eine beispiellose Verwirrung im Wahlkampfe erzeugen, daher müsse eine Verständigung mit der Regierung eintreten. Alsdann wünschen wir gegenüber dem Auslande ein erhöhtes Ansehen zu gewinnen, um im Inlande eine zufriedenere Stimmung herbeizuführen.

Reichskanzler Graf Caprivi betont, man müsse bei der Vorlage stets den großen nationalen Grundgedanken im Auge behalten, ob Deutschland in absehbarer Zeit in die Lage kommen könne, zur Erhaltung seiner Existenz die ganze Kraft aufzubieten. Die zweijährige Dienstzeit anlangend, erklärten sich von 31 befragten Truppentheilen 10 für die dreijährige Dienstzeit bei gleichzeitiger Verstärkung der Armee, die übrigen befürworteten die zweijährige Dienstzeit unter bestimmten Voraussetzungen. Der Einwand Betreffs des Mangels an Ausbildungspersonal sei unbegründet. Der Zulauf zur Offizierslaufbahn sei ein sehr großer. Auch Unteroffiziere werden genügend vorhanden sein, wenn ihnen entsprechende Gegenleistungen geboten werden. Der Redner geht darauf auf einzelne Einwendungen ein und betont die Nothwendigkeit, rechtzeitig für eine bessere Ausrüstung zu sorgen.

Abg. Bebel bestreitet, daß die Sozialdemokraten grundsätzliche Gegner einer Stärkung der Wehrkraft seien. Gerade die Sozialdemokraten wollen auf das Entschiedenste, daß jeder Einzelne Soldat wird. Die Vorlage sei nur eine Abschlagszahlung für neue Forderungen, da mit ihr die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht erreichbar sei. Die allgemeine Wehrpflicht sei nur durchführbar bei Ausbildung aller Waffenfähigen, verbunden mit militärischer Jugenderziehung. Der Redner weist dann auf die allgemeine Nothlage hin und meint, die Annahme der Vorlage werde keiner Partei als der seinigen nützen.

Abg. v. Preysing (Zentrum) führt aus, es sei schwer, auf dem Boden der Vorlage zu einer Verständigung zu gelangen; es könne mit der Häufung der Lasten nicht so weitergehen. In Bayern rief die Vorlage von Anfang an Mißstimmung hervor, da man mit Sorge in die weitere Entwickelung der Zukunft blicke.

Damit schließt die heutige Sitzung. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Fortsetzung der heutigen Berathung; Antrag, betreffend die Einstellung des Strafverfahrens gegen Ahlwardt, und Gesetz, betreffend die Ersatzvertheilung.

⁂ **Berlin**, 13. Dez. Dem Vernehmen nach sprach der Kaiser in einem Erlaß an die Polizei die Anerkennung dafür aus, daß die Beamten Angesichts der riesigen Entwickelung der Reichshauptstadt und der dadurch gestellten außergewöhnlichen Ansprüche sich die volle Zufriedenheit und Anerkennung des Kaisers erworben haben.

⁂ **Danzig**, 13. Dez. Heute Nacht sind hier drei große, vorzugsweise mit Getreide gefüllte Speicher niedergebrannt. Ein Oberfeuermann wurde bei der Löschthätigkeit getödtet, mehrere Feuerleute sind verletzt und zwei werden noch vermißt.

* **Berlin**, 13. Dez. Das Berl. Tagebl. meldet aus Barmen, der Bankvorsteher der Reichsbanknebenstelle in Remscheid, Alfred Baeke, ist wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt worden. — Die Voss Ztg. erfährt aus Friedland in Schlesien, der Gendarm Meyer wurde bei der Festnahme des Zuchthäuslers Battman von diesem ermordet.

* **Bukarest**, 13. Dez. In der gestrigen Sitzung des Senats griff der liberale Demeter Stourdza bei der Berathung über den Adreßentwurf die Konservativen an. Der Minister des Auswärtigen, Lahovary, berichtigte verschiedene Angaben Stourdza's. Domänenminister Carp wies darauf hin, daß die Konservativen dauernde Reformen, namentlich eine ausgedehnte Preßfreiheit geschaffen hätten. Die Liberalen dagegen hätten ihre Thätigkeit wohl auf politischem nie aber auf sozialem Gebiete dargethan. Ihr neues Programm bestehe aus unerfüllbaren Versprechungen. Carp erklärte, er habe Joan Bratianu beurtheilt, seine großen Ideen und sein warmes Herz gekannt; allein die gegenwärtigen Liberalen mit ihren beschränkten Ideen und ihrer unedlen Gesinnung könnten Bratianu nicht begreifen.

* **Paris**, 13. Dez. In der gestern Abend zum Protest gegen den Panamaskandal stattgehabten, von 2000 Personen besuchten Versammlung, bei der der ehemalige Abg. Keller den Vorsitz führte und der mehrere konservative Abgeordnete und zahlreiche Sozialisten beiwohnten, kam es wiederholt zu lebhaften, lärmenden Kundgebungen und Ruhestörungen. Als schließlich unter der Rednertribüne eine kleine Petarde explodirte, wurde die Sitzung aufgehoben.

⁂ **Paris**, 13. Dez. Rouvier begab sich heute Mittag zum Präsidenten Carnot, um seine Entlassung einzureichen.

⁂ **Paris**, 13. Dez. Gutem Vernehmen nach, bot Rouvier deßhalb seine Entlassung an, um von der Rednertribüne auf gewisse Blättermeldungen Erklärungen abgeben zu können, wozu, wie verlautet, bereits in der heutigen Kammersitzung Rouvier Gelegenheit gegeben werden solle.

* **Madrid**, 13. Dez. Schiffskapitän Cervera ist zum Kriegsminister ernannt worden. — Das neue Kabinet wird den Madrider Bürgermeisterposten wieder dem Marquis Cubes anbieten und die wirthschaftlichen Verhandlungen mit Frankreich lebhaft aufnehmen.

⁂ **St. Petersburg**, 13. Dez. Der Kaiser empfing gestern den Botschafter v. Schweinitz in Abschiedsaudienz; der Botschafter verabschiedete sich hierauf auch von der Kaiserin. — Der Kommandeur des fünften Armeekorps, General der Artillerie, Generaladjutant Swistanow ist wegen häuslicher Angelegenheiten mit Uniform und Pension seines Dienstes enthoben. — Heute wurde eine Verordnung veröffentlicht, wonach 12 Reservebataillone in Reserveregimenter zu je zwei Bataillonen umgebildet und aus diesen 3 Reservebrigaden zu 4 Regimentern gebildet werden.

* **New York**, 13. Dez. Nach weiteren Meldungen aus Pittsburg über die Vergiftungen in Homestead traten die ersten Krankheitserscheinungen bei den Milizsoldaten vor zwei Monaten auf. Neun Personen sind verhaftet und eine große Anzahl unter polizeiliche Aufsicht gestellt worden. Der Apotheker und der Arzt in Homestead sollen in die Angelegenheit verwickelt sein. Bei den Gestorbenen ist eine amtliche Leichenschau angeordnet.

Frankfurter telegraphische Kursberichte
vom 13. Dez. 1892, 3 Uhr 26 Min.

Staatspapiere.		Wechsel a. Wien	169.20
3% D. Reichsanleihe	85.30	Napoleonsd'or	16.19
4% dto.	—.—	Privatdiskonto	3¼
4% Preuß. Konsol	106.90	**Nachbörse.**	
4% Baden in fl.	102.05	Kreditaktien	264—
4% „ „ M.	104.05	Diskonto-Kommandit	177.20
Oesterr. Goldrente	98.40	Staatsbahn	—.—
Silberrente	82.—	Lombarden	79⅞
4% Ungar. Goldrente	95.70	Tendenz: still.	
1880r Russen	97.—	**Berlin.**	
II. Orientanleihe	64.40	Oesterr. Kreditaktien	166.—
Italiener konvtant	92.50	Oesterr. Staatsbahn	—.—
Aegypter	99.70	Lombarden	39.10
Spanier	64.10	Diskonto-Kommandit	176.70
Zoll-Türken	93.90	Laurahütte	94.60
Banken.		Gelsenkirchen	132.70
Kreditaktien	263¾	Dortmunder	56.80
Diskonto-Kommandit	177.20	Bochumer	118.50
Darmstädter Bank	129.80	Rubelnoten	203 —
Handelsgesellschaft	132.70	Tendenz: still.	
Deutsche Bank	158.30	**Wien.**	
Dresdener Bank	138.50	Kreditaktien	313.20
Bahnaktien.		Staatsbahn	295.60
Schweiz. Nordostbahn	106.—	Lombarden	91.70
„ Zentralbahn	115.30	Ungarn	113.60
Gotthard	156.60	Marknoten	59.05
Lombarden	79⅞	Tendenz: fest.	
Ungarn	—.—	**Paris.**	
Elbthal	196.—	3% Rente	93.30
Hess. Ludwigsbahn	109.80	Spanier	64¾
Wechsel und Sorten.		Türken	21.90
Wechsel a. Amsterdam	168.47	Ottomane	596.—
„ „ London	20.34	3% Portugiesen	22¾
„ „ Paris	80.87	Tendenz: matt.	

* **Frankfurt a. M.**, 13. Dez., 5 U. 55 M. (Abendkurse.) Kreditaktien 264¼, Lombarden 79⅞, Disk.-Komm. 177.30, Aegypter 99.70, Gelsenkirchen 132.80 Still.

* **Berlin**, 13. Dez. Diskonto-Komm. 177.—, Dortmunder 56.80, Bochumer 118.90 Fest.

* **Paris**, 13. Dez. (Schlußkurse.) 3proz. Rente 99.17 3pr. Portugiesen 22⅜, Spanier 64¼, Türken 21.77, Banque ottom. 595, Rio Tinto 413, Banque de Paris 678. Matt.

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Meteorologische Beobachtungen.

Dez.	Morgens	Ort.	Bar. auf 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. in Mill.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke.	Wetter.	Temp. in Cels.-graden
13	8	Mullaghm.	759	SO	leis. Zug	halb bed.	2
	8	Aberdeen	755	WNW	steif	wolkig	2
	8	Christiansd	742		still	Schnee	1
	8	Kopenhag.	748	WNW	leicht	Nebel	— 1
	8	Stockholm	751		still	Schnee	— 1
	8	Haparanda	756	SW	mäßig	bedeckt	— 7
	8	Petersburg	752	ONO	leis. Zug	Schnee	— 6
	8	Moskau	751	SW	leicht	Schnee	— 7
	8	Cork	763	NNW	leis. Zug	heiter	4
	8	Cherbourg	759	SSW	frisch	heiter	8
	8	Helder	751	W	steif	bedeckt	5
	8	Sylt	747	WSW	leis. Zug	Regen	1
	8	Hamburg	749	SW	schwach	wolkig	1
	8	Swinemde.	747	WSW	leicht	Nebel	1
	8	Neufahrwy	748	SSO	leicht	bedeckt	1
	8	Memel	749	OSO	schwach	Nebel	6
	8	Paris	759	WNW	leicht	Dunst	3
	8	Münster	751	WSW	leicht	bedeckt	
	8	Karlsruhe	756	SW	leicht	bedeckt	
	8	Wiesbaden	755	SW	leicht	bedeckt	
	8	München	754	SW	stark	bedeckt	
	8	Chemnitz	752	SW	leicht	bedeckt	
	8	Berlin	750	WSW	leicht	bedeckt	
	8	Wien	756		still	bedeckt	—
	8	Breslau	751	S	leis Zug	bedeckt	
	8	Ile d'Aix	762	NW	frisch	bedeckt	
	8	Nizza	761	W	leis. Zug	wolkig	
	8	Triest	761		still	bedeckt	

(Uebersicht der Witterung.) Die Depression ist b Südspitze Skandinaviens fortgeschritten und hat m auch den östlichen Theil Mitteleuropas in den seiner Herrschaft gezogen, so daß nunmehr überall mildes Regenwetter herrscht. Da das Ortsbarometer der im Steigen begriffen ist, so wird die De voraussichtlich ostwärts abziehen, und hoher Dr heute im Westen lagert, wird in das Binnenla an Raum gewinnen; demnach wird vorerst bei der Bevölkung kälteres Wetter zu erwarten sei

Geboren.

Karlsruhe, 10. Dez. Gustav, V. Andr. Segmüller Lina Ida, V. Frdr. Gaugel, Pferdebahnkut Georg Heinrich, V. Adam Kämmerer, Gl Dez. Heinrich, V. Jakob Albrecht, Briefträ Oskar, V. Ferd. Fahrbach, Blechnermeister; ria, V. Peter Mayer, Tabakarbeiter.

Gestorben.

Karlsruhe, 11. Dez. Hennhöfer, Karoline, Gattin, 31 J.
Pforzheim, 11. Dez. Fuchs, Johann Friedric nasiallehrer.
Beilersbach, 11. Dez. Baumann, Leo, Schr
Fahrnau, 12. Dez. Bauer, Johann Friedr
Konstanz, 12. Dez. Amann, Josef, Holzhänd Schiele, Anton, Musiker.

Gedenket der Vöge

Erklärung.

1) Die drei Karlsruher Herren, Röde Bad. Landpost, Wettstein, Inspektor, u sich am vorigen Sonntag in die Orts Evang. Bundes hier, ohne Mitg Freunde desselben zu sein, ein sind auf meine, durch einen „offenen Br Landeszeitung an sie gerichtete Einladung n schienen.

2) Insbesondere ist Herr Redakteur Röder, welcher bei jener Versammlung versteckte und offene Angriffe auf den Ortsgeistlichen gemacht hat, statt sich gegen den Vorwurf zu vertheidigen, daß er durch Unterschlagung der Heidelberger Erklärung und Unterschiebung ganz falscher Beschuldigungen das 8. Gebot verletzt habe — nicht erschienen, um sich nachträglich zu rechtfertigen. Er erklärt in der Bad. Landpost, wie es scheint, mit Rücksicht auf meinen offenen Brief, daß er auf 7 Tage verreist sei, um an der konservativen Parteiversammlung in Berlin Theil zu nehmen. Außerdem wird mir in einem mit W gezeichneten Artikel in Nr. 149 der Bad. Landpost, welcher sich „in überaus christlich liebevoller Weise" mit meiner Person beschäftigt und eine „äußerst schmeichelhafte" Kritik meiner, in der Versammlung vom 4. d. M. gehaltenen Rede enthält, der Rath ertheilt, meine „Disputation" auf Sonntag, den 18. Dezember, zu verlegen, damit Herr Röder, der erst nächsten Mittwoch zurückkehre, zu derselben erscheinen könne.

3) Darauf erwidere ich: Eine Verschiebung der Versammlung um 8 Tage war schon deßhalb nicht möglich, weil mir der genannte W-Artikel erst am Sonntag, den 11. d. M., während der (2.) Versammlung, zu welcher Herr Röder eingeladen war, zu Gesicht kam. Aber auch wenn ich ihn früher gelesen hatte, würde ich mich nicht entschlossen haben, eine Verschiebung der bereits ausgeschriebenen und anberaumten Versammlung eintreten zu lassen; denn so gut als Herr Röder und Genossen vor 8 Tagen ohne Einladung von Karlsruhe hierher reisen und einen heimlichen Einfall in unsere Bundesversammlung machen konnten, hätte er ehren- und anstandshalber auch eine noch weitere Reise nicht scheuen dürfen, um unserer diesmaligen öffentlichen und ausdrücklichen Einladung Folge zu leisten; oder wenn er dieses nicht wollte, so konnte er ja einen Stellvertreter, etwa in Person eines seiner Genossen, zu uns entsenden.

4) Ein solches Verhalten überlasse ich getrost dem Urtheil jedes anständigen Menschen.

5) Nach jenem unqualifizirbaren Ueberfall am vorigen Sonntag und dem ebenso unqualifizirbaren Wegbleiben heute werde ich jeden weiteren mündlichen, wie schriftlichen Verkehr mit den genannten Herren abweisen, insbesondere aber ein etwaiges ferneres Auftreten derselben in dem evang. Bunde zu verhindern wissen. Gegenwärtige Erklärung, zu deren Veröffentlichung ich mich im Interesse des hiesigen evang. Bundes für verpflichtet hielt, ist überhaupt mein letztes, öffentliches Wort in dieser ganzen Angelegenheit.

Neulußheim, den 11. Dez. 1892.

Der Vorstand des evang. Bundes:
A. Trautwein, Pfarrer.

Karlsruhe. (Großh. Hoftheater.) Freitag, 16. Dez 140. Ab.-Vorst. (Eingetretener Hindernisse wegen statt. Die Entführung aus dem Serail): „Das goldene Kreuz", Oper in 2 Akten nach dem Französischen von H. S. Mosenthal. Musik von Ignaz Brüll. — „Cavalleria rusticana", (Sizilianische Bauernehre), Melodrama in Akt nach dem gleichnamigen Volksstück des G. Berga von G. Targioni-Tozetti und G. Menasci. Musik von Pietro Mascagni. Anfang 6½ Uhr.

THEE-MESSMER Kais. Kgl. Hofl. Baden-Baden, Frankfurt a. M. altrenommirte Firma, empfiehlt vorzügl. Theemischungen à M. 2.80 u. M. 3.50 pr. Pfd. Probepackete 50 Pf. u. M. 1.- fco. (Doppelbriefe) sehr beliebt u. verbreitet. Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich. 3694.20.10